

## **Europa am Wendepunkt**

Rede von

Herrn Jean Asselborn

Minister für auswärtige und europäische Angelegenheiten  
Großherzogtum Luxemburg

SPD Landesparteitag Niedersachsen  
Hannover, 9. April 2016

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Es ist eine große Ehre für mich hier zu sein. Ich will Stephan Weil danken, der über Niedersachsen, auch über Deutschland hinaus, als sehr kompetent und als engagierter Politiker bekannt ist. Und dass Sie ihm gedankt haben für seine Kompetenz und sein Engagement hat ja der heutige Morgen gezeigt. Ich bin natürlich auch froh, dass ich meinen Freund Sigmar Gabriel hier begegnen darf. Er kommt aus einer Region, die etwas mit den Visegrad-Ländern zu tun hat. Er hat heute Morgen schon versucht, die zurechtzustutzen - wenigstens die Unsrigen in den Visegrad-Ländern- und das hat er sehr gut gemacht, bestimmt.

Nun, ich komme aus einem Land, mit einem sehr großen Ausland... Ich bin seit 12 Jahren Außenminister und Europaminister. Ich soll hier eine Rede halten, eine kurze Rede, über Europa. Ich versuche das ernsthaft zu machen und vielleicht anzufangen mit einer Feststellung, dass ich in den 12 Jahren, in denen ich jetzt Außenminister bin, mehr nicht verstanden, als verstanden habe von der Welt und von Europa.

Außenpolitik, Europapolitik, ist eher von, sagen wir mal, irrationalen Merkmalen geprägt, die es zu entschlüsseln gilt- eine komplexe rationale Aufgabe.

2004, vielleicht auch 2005, als ich das Glück hatte, Außenminister zu werden, war eigentlich eine Zeit der großen Hoffnungen in der Welt. Nach dem Irak-Krieg schien die Welt verstanden zu haben, dass Waffeneinsatz zwecks Vorzeigens von Stärke ein kolossaler Irrtum ist.

Im Nahen Osten wurde ein Palästinenser, Abu Mazen, in freien Wahlen von seinem Volk zum Präsidenten gewählt. Auch Israel schien damals verstanden zu haben, dass die Sicherheit Israels nur garantiert ist, wenn die Palästinenser ihren eigenen Staat haben. Bis 2007, bis Annapolis, schienen wir sehr, sehr nahe an einer Zwei-Staaten-Lösung.

Russland und die NATO funktionierten sogar auf Ministerebene. Russland, Amerika, Europa, schienen damals fähig zu sein, zu kooperieren, in Sicherheitsfragen, in wirtschaftlichen Interessen, auch auf politischen Ebenen, sich zu respektieren.

Die Europäische Union damals, es war die Zeit des Verfassungsvertrages. Im Frühjahr 2005, wir können es uns heute fast nicht mehr vorstellen, wurde in Spanien in einem Referendum mit praktisch 70 % Ja-Stimmen dieser Verfassungsvertrag angenommen. Der Verfassungsvertrag sollte die Antwort sein auf die Erweiterung. Nun, die jüngste Geschichte - und leider in Harmonie mit der Aktualität- hat diese großen Erwartungen drastisch gedämpft, sie ja zum Teil vernichtet.

In der muslimischen Welt hat sich nach dem Irak-Krieg ein latenter Unfrieden zwischen Schiiten und Sunniten vertieft. Der Syrien-Krieg ist eine indirekte Folge davon mit einem direkten, barbarischen Kollateralschaden: Daesh. Iran, Saudi-Arabien heißt diese unheilvolle Auseinandersetzung eigentlich.

Im Nahen Osten -Israel, Palästina- ist seit Frühjahr 2014 nach dem Kerry-Plan unseliger Stillstand. Israel kann sich, glaube ich, nicht alle zwei Jahre einen Krieg in Gaza leisten.

Unverständnis als Sozialdemokraten, als Europäer und ich weiß, wie schwer es ist aus deutscher Sicht, muss trotzdem kundgetan werden gegenüber Netanjahus Siedlungspolitik.

Das Resultat wird sein, dass eine Zwei-Staaten-Lösung physisch unmöglich wird, da die West-Bank total von israelischen Siedlern eingenommen wurde.

Zurzeit leben 600.000 israelische Siedler in Ost-Jerusalem und in der West-Bank. Kritik gegenüber Berlusconi heißt nicht anti-italienisch zu sein, Kritik gegenüber Kaczynski heißt nicht anti-polnisch zu sein und Kritik an Netanjahu heißt auch nicht anti-israelisch zu sein.

Ich hoffe, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir in der europäischen Union es fertig bringen, hinter der Initiative der Franzosen zu stehen, die ja eine Resolution im VN-Sicherheitsrat anstreben mit den klaren Parametern die Grenzen von '67 und Jerusalem Hauptstadt von Israel und Hauptstadt von Palästina mit einem konkreten Zeitplan.

Russland und die Europäische Union: Es war nie einfach zwischen der EU und Russland, mit Ausnahme vielleicht des Jahres 2005. Luxemburg hat im Mai 2005 als Vorsitz der Europäischen Union, das sog. „Four common spaces Agreement“ mit Putin im Kreml selbst unterschrieben und von Barroso über Juncker und Solana, saßen wir alle damals an der Kremelmauer auf der Feier zu Ehren des 60jährigen Endes des 2. Weltkrieges.

Dann kam, wie wir alle wissen, Kosovo, die Umsetzung des Ahtisaari-Plans, welches schwierig, äußerst schwierig war. Die unsägliche und auch überflüssige Debatte um das Raketenabwehrsystem 2008, dann der Georgien-Konflikt, der Maidan, die Annexion der Krim und der Donbass-Krieg.

Russland ist meines Erachtens definitiv keine außenpolitische Regionalmacht, dies zu sagen war etwas ungeschickt, ist aber auch keine Macht die oben auf der Skala des gelebten Demokratieverständnisses steht und dennoch, wir Europäer haben diesen, unseren Kontinent zu teilen mit Russland. Es gibt keinen Ozean zwischen uns, also brauchen wir ein erträgliches Miteinander.

Deutschland hat den wohl bedachtsten und politisch feinfühligsten Außenminister in der Europäischen Union in Sachen Umgang mit Russland. Ein Glücksfall für Deutschland und für die Europäische Union. Die Europäische Union darf und kann nicht nur zusehen, wie die USA und Russland - siehe Kerry bei Putin letzte Woche- aufeinander zugehen in Sachen Syrien und wir - Europäische Union - nur mit eiserner Faust stoisch und undifferenziert an Sanktionen festhalten.

Die Ukraine ist in einer tiefen innenpolitischen Krise. Die Europäische Union darf und will dieses Land nicht schwächen, sondern unterstützen, aber Minsk ist zur Zeit nur schwierig umsetzbar in Bezug auf den kapitalen Punkt der Dezentralisierung des Donbasses. Also arbeiten wir in Richtung Differenzieren der Sanktionen ohne dabei Prinzipielles aufzugeben.

Die Europäische Union: Früher hat man sie Gemeinschaft, auf Französisch „Communauté“, genannt. Union sollte ein stärkeres Wort sein, den Willen zusammenzustehen deutlicher prägen. Das ist sprachwissenschaftlich gesehen vielleicht richtig, aber gemessen an der Entwicklung ist es trotzdem fraglich. An dieser Union wird gezerrt.

Der 23. Juni 2016 ist nicht nur Luxemburger Nationalfeiertag, es wird ein Referendum auf einer Insel stattfinden. Wissen Sie, Sarkozy, Berlusconis und Camerons kommen und gehen,

aber der Geist der Europäischen Union darf nicht geknackt werden, nur um einen innerpolitischen Streit der Tories zu vermeiden. Die Europäische Union - ich sage das ganz klar, wie ich es denke wäre ohne Großbritannien schwächer. Es ist zu hoffen, dass das britische Volk letzten Endes einsieht, dass auch Großbritannien ohne die Europäische Union schwächer wäre.

Am letzten Mittwoch, in den Niederlanden, hat die Europäische Union, so sehe ich es, sich ernsthaft verletzt. Abgesehen von den inhärenten Gefahren eines Referendums in der parlamentarischen Demokratie, ich würde sogar so weit gehen, dass Referenden über europäische Fragen, über komplexe Fragen, die beste Waffe sind, um mit ja oder nein die Europäische Union tödlich zu verletzen, weil immer nur nebensächlich auf die eigentliche Frage geantwortet wird.

Trotzdem ist das Resultat auch ein Schlag ins Gesicht der Europäischen Union und ihres Funktionierens. Es hapert an Glaubwürdigkeit. Vieles auf diesen Europäischen Räten wird als Theatralik wahrgenommen. Das Nationale steht zu oft über dem Europäischen und das Europäische ist bis zur Unkenntnis verwischt, derart komplex verpackt, dass kein Mensch es mehr versteht. Für viele Menschen ist der Sinn des europäischen Seins derart vage geworden, dass die Europäische Union von Menschen in Mitgliedsländern eigentlich als überflüssig wahrgenommen wird.

Diese Warnung aus den Niederlanden darf kein Vorspiel sein auf den 23. Juni. Es muss ein Ruck durch die Europäische Union gehen, bevor es zu spät ist. Einfache, klare, verständliche Botschaften, dass nur die Europäische Union, zum Beispiel, Schengen erhalten kann, dass Antworten auf die Herausforderung des Klimawandels, des internationalen öffentlichen Transportes auch, der Landwirtschaftspolitik, zum Beispiel aber auch vor allem der öffentlichen Sicherheit, des Kampfes gegen den Terror, die organisierte Kriminalität, dass nur Europa im Stande ist, diese Probleme anzugehen. Dass der Euro bei allem Auf und Ab eine weltweite, hoch angesehene Währung für 350 Millionen Menschen ist, die es sich lohnt, zu verteidigen. Dass unsere demokratischen Standards für viele in der Welt erstrebenswert sind und bleiben, dass die Europäische Union weltweit der größte Entwicklungspartner ist, viel mehr als die USA oder Japan zum Beispiel. Dass auch bei Schwächen in verschiedenen Mitgliedsstaaten, die sozialen Leistungen und Systeme als einzigartig in der Welt gelten.

Die Europäische Union, liebe Freunde, ist auch keine Anstalt in der Solidarität in Scheiben abgetrennt werden kann. Die Solidarität ist nicht teilbar, weder materiell, finanziell, noch menschenrechtlich, noch sicherheitspolitisch. Union heißt Einsatz für den Respekt der Werte, der Demokratie.

Der „Acquis“: Es gibt keinen Unterschied dieser Werte im Osten, im Westen, im Süden oder im Norden. Es dürfte kein Land unter den 28 sein, das es prinzipiell ablehnt, Flüchtlinge aus Kriegsgebieten aufzunehmen. Allein schon, weil wir uns der Genfer Konvention verschrieben haben, ist es aber wie wir wissen: die Schweiz, Norwegen, Island zum Beispiel, nicht Mitglieder der Europäischen Union, machen es einigen, Tüchtigen in der Europäischen Union vor. Sie sagen nicht, sie seien unfähig Menschen anderer Religion, Menschen anderer Hautfarbe, Menschen die arabisch reden, aber genau wie Ungare, genau wie die Slowaken, genau wie die Polen zum Beispiel, das Unheil des Krieges, die Schmach des Vertrieben seins fühlen und auf sich zu nehmen haben.

Die Silvesternacht in Köln, der 13. November in Paris, Zaventem in Brüssel, dürfen keine Argumente sein, um eine menschenwürdige EU-Flüchtlingspolitik ad absurdum zu führen. Dies hieße, liebe Freunde, im Endresultat, als Totengräber zu fungieren in Sachen europäischer Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen.

Der Aufbau der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich nach '45, die Ostverträge von Willy Brandt, der Fall der Mauer, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten, sind und bleiben die Ausrufezeichen des Werdens eines Projektes, genannt Friedensprojekt der Europäischen Union.

Der Frieden in Europa ist kein Perpetuum mobile. Genau wie die Demokratie kein Perpetuum mobile ist. Der Frieden in Europa wird nicht durch Unterzeichnen von Verträgen garantiert, sondern hängt vom Geist ab, den die Europäer im Stande sind aufzubringen um die Herausforderung ihrer Geschichte richtig zu deuten und umzusetzen. Die Europäische Union, glaube ich, wird es immer schaffen, die 20 % Unbelehrbaren oder Frustrierten in jedem Volk, demokratisch mit besseren Argumenten zu widersprechen, wenn diese den Sinn der Europäischen Union verkennen und/oder durch falschen Patriotismus zum Nationalismus tendieren.

Was der Europäischen Union auf der Zeitachse schwer zu schaffen machen wird, ist eine Infragestellung ihrer Werte durch Mitgliedsregierungen gekoppelt mit Tendenzen, dass es im Grunde genommen im nationalen Interesse ist, sich gegen „Brüssel“ zu stellen, um bei nationalen Wahlen bessere Siegeschancen zu haben.

Die großen Parteifamilien in der Europäischen Union tragen hier größte Verantwortung. Auch wir Sozialdemokraten - und Sigmar weiß es- müssen auf der Hut sein. Es gibt Anrühiges, das nicht tolerierbar ist auf dieser Ebene. In Deutschland, gerade aus Deutschland, darf es keine bizopale Positionen geben in der mitgliederstärksten Familie der EVP. In Fragen der Wertekultur und der Menschlichkeit in Flüchtlingsfragen gibt es nicht eine Koalition in Berlin einerseits und eine bayrische Sonderstellung andererseits.

Deutschland hat in dieser Frage- die Regierung - ein Gesicht gezeigt, welches Vorbildcharakter hat. Dieses Gesicht bedarf keiner falschen Mimik.

In diesem Kontext ist es, liebe Genossinnen und Genossen, etwas rätselhaft, dass zweifelhafte Lichtgestalten in Oggersheim als Bluteuropäer empfangen werden sollen. Hätte Deutschland im August 2015 ungarisch reagiert - mit Stacheldraht und Schlagstöcken- wäre die Europäische Union in Fetzen geflogen. Aber vielleicht ist auch Herr Kaczynski zum Tee eingeladen, um dann verfassungsrechtlich in Oggersheim den Dialog zu richten.

Im Ernst: Es ist eine schwere Hypothek für die Europäische Union, dass in einem großen Land wie Polen, ein Referenzland für viele im Osten Europas, die Unabhängigkeit der Justiz nicht mehr existiert. Dass es eine Regierung in Warschau gibt, die ein Verfassungsurteil nicht respektiert. Dass die öffentliche Presse unter der Kontrolle des Schatzministers steht. Dass also die Demokratie in Polen eine gelenkte Demokratie geworden ist.

„Eine Revolution in die falsche Richtung“, wie der frühere polnische Präsident des Verfassungsrates sagt. Dieser Zustand ist nicht einfach hinnehmbar, er ist einem großen Volk

wie dem polnischen auch unwürdig. Die Demokratie darf in keinem EU-Mitgliedsstaat ins Wanken kommen, ohne dass dies Konsequenzen hervorruft.

Die Kommission ist Hüterin der Verträge. Franz Timmermans hat unser Vertrauen. Ein Hinnehmen dieser Entwicklung geht nicht, Ungarn genügt schon.

In der größten menschlichen Herausforderung der Europäischen Union seit Ende des 2. Weltkrieges war 2015 ein durchwachsendes Jahr. Deutschland hat Großes geleistet. Die Europäische Union als Ganzes nicht unbedingt. Das Abkommen mit der Türkei ist die Folge europäischen Zauderns, es gilt jetzt natürlich umzusetzen, auch wenn es nicht leicht wird.

Ich sehe vier Ecksteine:

- 1) Jede Handlung in Griechenland wie in der Türkei muss vom UNHCR, dem VN-Flüchtlingswerk, bewilligt und begleitet werden und im Einklang sein mit internationalem Recht. Dies gilt auch für Rückführungen von Menschen aus Griechenland in die Türkei, wie für die Garantien dieser Menschen in der Türkei selbst, wenn sie rückgeführt sind.
- 2) Damit das Prinzip eins-zu-eins - also ein syrischer Flüchtling nach Europa, für einen rückgeführten Syrer aus Griechenland- funktioniert, muss jedes Mitgliedsland der Europäischen Union sich an der Lastenverteilung, an dem Aufnehmen von Flüchtlingen, von Syrern, in Europa auch beteiligen.
- 3) Das individuelle Recht jedes Menschen, der rückgeführt werden soll, auf ein Asylverfahren, muss gewährt sein.
- 4) Nicht die Türkei stellt die Listen der Menschen auf, die aus der Türkei nach Europa kommen, sondern das UNHCR aufgrund menschlicher Priorität.

Liebe Freunde,

diese Aktion, die hohe Lebensgefahr und menschliche Erniedrigung syrischer Flüchtlinge ausschließt, was ein guter Punkt ist, auf ihrem Wunsch in die Europäische Union zu kommen, darf aber nicht wie die *relocation* an der Europäischen Union zerschellen, an der Unfähigkeit vieler Staaten sich einzubringen und ihre Last mitzutragen. Vor allem, weil die Europäische Union eingewilligt hat, Asylsuchende, die europäisches Territorium schon erreicht haben in die Türkei zurückzuführen.

Der Preis ist hoch. Doch ein „Weiter so“ wie im zweiten Semester 2015 hätte die Europäische Union nicht geschafft, auch nicht Deutschland, auch nicht Griechenland, auch nicht Schweden, zum Beispiel. Seien wir uns allerdings voll und ganz bewusst, dass im April 2015, die Welt von der Tragödie um Lampedusa sprach, nicht von Lesbos, von Chios oder von Kos, das Meer wird jetzt stiller im April... In Libyen gibt es, dank dem UNO-Gesandten, dem Deutschen Martin Kobler, Hoffnungsschimmer. Aber das Flüchtlingspotenzial aus Libyen sollte nicht unterschätzt werden.

Zwei Bemerkungen zum Schluss. Es ist die verdammte Pflicht unserer Generation, der Einstellung der Gründerväter und Gründermütter Respekt zu zollen und das Friedensprojekt Europäische Union ins 22. Jahrhundert zu tragen. Vor allem von uns Sozialdemokraten wird

die richtige Einstellung gegen die Fatalität der Gleichgültigkeit des „Laisser-aller, Laisser-faire“ abverlangt.

Europa hochhalten heißt, seinem Land, seinem Staat - und Stephan hat das gesagt- auch hier in Niedersachsen dienen, seinen Staat vor Nationalismus bewahren und zeigen, dass die Geschichte der letzten 100 Jahre verstanden worden ist. Dass der Gedanke, uns in Europa zu einigen und zusammenzustehen, sich nicht verflüchtigen darf. Die Pioniere der Gerechtigkeit, der Chancengleichheit, der Menschlichkeit, die Kämpfer gegen Diktatur, gegen Hass und Intoleranz waren sehr oft Sozialdemokraten. Und es werden Sozialdemokraten sein, die sich für das Europäische Fundament dieser Ideale und Werte auch in Zukunft hingeben.

Und zum Schluss, Deutschland, Euch, als nicht Deutscher will ich zurufen, dem stärksten Land der Europäischen Union, in vielen Hinsichten, dass politisch gesehen, der Stärkste eigentlich den Vorteil hat, seine Stärke nicht immerfort ins Gedächtnis der etwas weniger Starken zu rufen.

Helmut Schmidts Rede - von der auch Stephan sprach- von 2011, über Demut und Stärke, gesehen aus deutscher Sicht, war keine Lehrstunde, sondern ich glaube, eine gescheite Gebrauchsanweisung aus der Sicht eines europäisch geprägten großen Deutschen, für europäische Politik aus deutscher Sicht.

Ich danke Ihnen.